

Riefraer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Schriftf. Riefraer, Grotten 20, Postfach 22.

Das Riefraer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Landgerichts und der Anwaltschaft beim Landgericht Riefraer, des Rates der Stadt Riefraer, des Finanzamts Riefraer und des Gesundheitsamts Riefraer bestim. Blatt.

Verlagskontor: Dresden 1580, Riefraer Nr. 62.

Nr. 43.

Montag, 20. Februar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riefraer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Schriftgröße (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Kleinschriftgröße 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Gemischter Satz nach Vereinbarung, wenn der Betrag vorliegt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefraer. Wöchentliche Anzeigen belegen 5 Pfennig an der Elle. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlageinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jangner & Winterlich, Riefraer. Geschäftsführer: Walterstraße 58. Verantwortl. für Redaktion: Heinrich Nölde, Riefraer; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefraer.

Die mitteldeutschen Metallarbeiter lehnen den Schiedsspruch ebenfalls ab.

Dalle. (Funkspruch.) Bis 12 Uhr mittags in eine Erklärung seitens der Metallarbeiter, deren Funktionäre um 11 Uhr in Halle zusammengetreten sind, nicht erfolgt. Der Vorstand plädierte für Ablehnung des Schiedsspruchs. Da die Arbeiter den Schiedsspruch abgelehnt haben und die Arbeitgeber sich bis zum Ablauf der Frist nicht erklärt haben, ist der Schiedsspruch also abgelehnt.

Neue Verhandlungen.

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir von unternichteter Stelle erfahren, hat der Reichsarbeitsminister die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der mitteldeutschen Metallindustrie nochmals zu Dienstag, 19 Uhr, zu einer neuen Verhandlung eingeladen. Es wird über die Abgrenzung der Schiedssprüche im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik verhandelt.

Das Notprogramm.

Im Verlaufe des Sonnabends ist es im Reichstag an einer wesentlichen Veränderung der Situation gekommen. Die Kundgebung der Parteien, in der sie die Vorlegung eines Notprogrammes bekannt gibt, ist eine Folge eines ersten Eingreifens des Reichspräsidenten Hindenburg in die Krise. Das Reichsoberhaupt hat zwar in keiner Weise zu der Bestätigung des Notprogrammes selbst Stellung genommen, aber es hat dem Kabinett mitteilen lassen, daß nach seiner Auffassung die Neuwahlen im Monat März nicht mehr stattfinden können, sondern frühestens im Mai, woraus sich nach Ansicht Hindenburgs die Selbstverständlichkeit ergebe, den vorliegenden Haushaltsplan und die Abgaben noch rechtlichen vordringlichen Aufgaben des Parlamentes vor der Auflösung des Reichstages zu erledigen. An der Kundgebung der Reichsregierung wird gemäß dem Wunsche Hindenburgs auch betont, daß von ihr alle Vorschläge getroffen werden sollen, um die Neuwahlen spätestens in der zweiten Hälfte des Mai zu ermöglichen. Zum Schluß der Kundgebung wird mitgeteilt, daß der Reichspräsident einen dem Vorschlag der Reichsregierung entsprechenden Auflösungstermin für den Reichstag in Aussicht nehmen wird. Dieser Entschluß der Reichsregierung dürfte zu einem großen Teil die Unsicherheit der Lage geklärt haben. Doch man darf nicht erwarten, daß das von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Notprogramm auch wirklich formuliert dem Reichstag präsentiert wird, also mit einer Billigung des Notprogrammes zum mindesten durch die Parteien der bisherigen Koalition zu rechnen ist. Dieser Entschluß der Reichsregierung macht auch den noch am Vortag gefaßten Plan des Kabinetts gegenstandslos, erst einmal die Fraktionen der Opposition darüber zu befragen, ob sie auch die Erledigung eines Notprogrammes zulassen würden. Dieser Ausweg hätte wohl niemals zu einem wirklichen Ausweg aus der Sachlage der Uneinigkeit im Regierungslager selbst und auch in den Reihen der Oppositionsparteien geführt. Die dringende Aufgabe der Reichsregierung wird es nunmehr sein, die innere Einheit in den Reihen der ehemaligen Koalition wenigstens insoweit herbeizuführen, als sich die Deutschen nationalen und das Zentrum über eine wirksame Hilfe für die Wirtschaft verständigen werden. Der Entwurf des Notprogrammes steht vor, daß die Bezüge der Invalidenrentner in einem Ausmaß von 100 Millionen Mark jährlich erhöht werden. Das hätte eine Belastung der Sozialausgaben um weitere 100 Millionen Mark jährlich zu bedeuten, eine Belastung, die letzten Endes die deutsche Wirtschaft zu tragen hätte. Wie man hört, versucht die Deutsche Volkspartei einen Modus zu finden, der diese neue Belastung für die Wirtschaft aus tragbar gestalten könnte. Die Deutschen nationalen fordern daher eine großzügige Aktion zur Festigung des Kurzes der Waldbreite, was eine Winderung des Zinsfußes für die Staatsanleihe zur Folge haben könnte. Um das zu ermöglichen, sollen der Rentenbank-Kreditanstalt in diesem Jahre 100, im folgenden Jahre 200 und in den nachfolgenden 2 Jahren wieder je 100 Millionen Mark zur Bildung einer Reserve zur Verfügung gestellt werden. Ein bestimmter Anteil dieser Summen soll zu einer Deutung des landwirtschaftlichen Genossenschaftskredits verwendet werden. So weit die neuesten Vorschläge der Deutschen nationalen. Eine Einigung über die noch kritischen Fragen dürfte jetzt wohl mit Bestimmtheit zu erwarten sein.

Verabschiedung des Haushaltsplans.

Dresden. Am Sonnabend hat das sächsische Gesamtministerium den ordentlichen und den außerordentlichen Haushaltsplan für 1928, sowie das dazugehörige Etatgesetz, das einen Beitrag von rund 20 Millionen Mark bringen soll, verabschiedet.

Schweres Schiffsunglück in China.

Schanghai. (Funkspruch.) Der chinesische Dampfer „Ghantonung“ ist in der Nacht zu Sonnabend in der Nähe von Tschintung mit dem japanischen Dampfer „Kishimaru“ zusammengestoßen. Nach den vorliegenden Berichten sollen 100 Chinesen ertrunken sein.

Das Notprogramm gesichert.

Erst am 27. Februar wieder Reichstag.

Reichstagsstimmungsbericht.

Der kommende Reichstag! Das ist das Schlagwort der Tribünen. Sogar die Pressephotographen sind schon da und wollen den historischen Moment der Reichstagsauflösung auf die Platte bannen. Es wird nicht. Das Haus will nicht mehr arbeiten. Die Sozialdemokraten beantragen Verzögerung. Es wird vertagt. Auf vier Uhr. Drei Stunden Vertagung. Die Fraktionen legen. Das Notprogramm der Reichsregierung erhält eine Ergänzung. Man ist sich über den Termin der Neuwahlen einig geworden. 20. oder 27. Mai. Nicht später. Auch der Reichspräsident ist für diesen Termin. Die Sozialdemokraten lassen nicht. Sie wollen bekanntlich den 18. Mai als spätesten Termin nicht aufgeben. Die Demokraten machen mit. Die Sozialdemokraten ver sprechen Solidarität nur für den Monat, die Demokraten, daß sie keine Reklamationsverträge, sondern nur sachliche Verbesserungsvorschläge einbringen werden. Die Volkspartei billigt alles, nur will sie zugunsten des Notprogrammes andere Positionen des Etats geklärt wissen. Nicht als Bedingung, nur als Wunsch, erklärt die Fraktion. Was die einen versprechen und wollen, genügt aber den anderen nicht, und so gehen die Verhandlungen in der Nacht der Fraktionsstimmung Stunde um Stunde weiter. Der Ausschuss des Reichstages verlegt sich von 11 Uhr auf 14 Uhr, von 14 Uhr auf 16 Uhr. Das Plenum geht mit und verlegt sich von 1 Uhr auf 4 Uhr und von 4 Uhr auf 6 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt man, daß die Einigung über das Notprogramm erzielt ist. Die Sozialdemokraten beantragen, die nächste Sitzung am kommenden Montag abzubrechen und auf die Tagesordnung eine Erklärung der Regierung zu setzen. Die Mehrheit des Hauses beschließt jedoch, die nächste Sitzung erst am Montag, den 27. d. S., stattfinden zu lassen.

Der Sitzungsbericht.

Berlin, 18. Februar, 18 Uhr.
Präsident Eberth eröffnet die neue Sitzung mit der Mitteilung, daß sich eine Mehrheit auf die geschäftsmäßige Erledigung der Arbeiten des Reichstages bis zum 1. März geeinigt habe. Ueber die Einzelheiten dieses Arbeitsprogramms wird die Regierung in der nächsten Sitzung nähere Mitteilungen machen. Ich werde also auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gehen: **Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung** in Verbindung mit der Beratung des Etats des Reichsanwalts. Ueber den Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch keine Einigung erzielt, weil dem dafür vorgeschlagenen Termin des 27. Februar ein sozialdemokratischer Antrag gegenübersteht, der den 20. Februar verlangt.
Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir bedauern, daß die Erklärung der Regierung erst in acht Tagen erfolgen soll. Wir wünschen möglichst bald Klarheit darüber. Wir haben jetzt die Regierung einer Koalition, die aufgelöst ist und die

Der Wahlsonntag in Hamburg.

Hamburg behält Linksmehrheit.
Geringe Verschiebung gegen die Oktoberwahl.

Hamburg. (Telephon.) Da nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes die Bürgerchaftswahl vom 8. Oktober vorigen Jahres für ungültig erklärt worden ist, mußte Hamburg Bevölkerung gestern innerhalb von vier Monaten zum zweiten Mal an die Wahlurnen treten. Nach dem heutigen Wahlergebnis sah man dem Ergebnis der Wahl mit Spannung entgegen. Die Oktoberwahl hatte bekanntlich wieder eine wie Mehrheit gebracht, die im Jahre 1924 zum ersten Mal nach der Revolution wieder gebrochen worden war. Von den insgesamt 180 Sitzen der Bürgerchaft waren über die Hälfte, nämlich 90 Mandate, auf die Sozialdemokraten und Kommunisten entfallen.
Die Wahlhandlung selbst spielte sich in voller Ruhe ab. Wie immer an Wahltagen, sah man wieder die Plakatträger der zahlreichen Parteien ihre Straße ziehen und mit Fahnen geschmückte Kastentaxen durch die Stadt fahren, zum Teil mit Sprechbüchsen besetzt, die die zahlreichen Sonntagspaziergänger noch einmal auf ihre Partei aufmerksam zu machen verlangten. Während der letzten Stunden setzte ein reger Schleppebetrieb ein, der diesmal gut organisiert war und schließlich noch viel stämmige Wähler an die Urne gebracht hat. Um 18 Uhr wurden die Wahllokale geschlossen.

Das vorläufige Wahlergebnis.

Es erhielten:
die Sozialdemokraten 240 630 Stimmen (gegen 247 208 im Jahre 1927) und 60 Mandate (gegen 63 im Jahre 1927),
die Deutschen nationalen 94 000 (98 817) Stimmen und 22 (25) Mandate,
die Kommunisten 114 228 (110 282) Stimmen und 27 (27) Mandate,
die Deutsche Volkspartei 85 471 (72 482) Stimmen und 20 (19) Mandate.

die Nationalsozialisten 14 789 (9774) Stimmen und 3 (2) Mandate,
das Zentrum 9988 (9774) Stimmen und 2 (2) Mandate,
die Mittelstandspartei 20 045 (27 168) Stimmen und 4 (6) Mandate,
die Demokraten 87 522 (65 296) Stimmen und 21 (16) Mandate,
die Volkrechtspartei 5535 (7702) Stimmen und 1 (1) Mandat,
die Splitterparteien 13 863 Stimmen.
Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 688 954, bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent.
Nach den vorstehenden Zahlen erhalten die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 88 gegen 74 bürgerliche Mandate. Die Linksmehrheit, die sich im Oktober schon ergeben hatte, bleibt also bestehen, wenn auch das Übergewicht der Mandate der Linksparteien auf sechs zusammengedrückt ist. Im einzelnen haben die Deutschen nationalen, Mittelständler, Sozialisten und Kommunisten geringe Verluste erlitten, während vor allem die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Nationalsozialisten abgelehnt haben.
Der vielfach erwartete große Rück nach links ist bei den Hamburger Wahlen also nicht eingetroffen.
Das charakteristische Merkmal der Wahlen besteht in den starken Stimmengewinn der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, die um 5 bzw. 2 Mandate gestärkt in die neue Bürgerchaft einzutreten. Auch die Kommunisten und die Nationalsozialisten konnten eine erhöhte Stimmenzahl an sich vereinen. Alle übrigen Parteien haben mehr oder weniger starke Einbußen erlitten. Die zahlreichen Splitterparteien sind fast sämtlich ausgefallen. Die absolute Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten, die zusammen über 87 von 180 Mandaten verfügten, ist zwar auch in der neuen Bürgerchaft vorhanden, eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierungsbildung dürfte jedoch auch jetzt wieder als ausgeschlossen gelten, so daß mit der Wiederkehr der bisherigen Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Deutscher Volkspartei, die mit zusammen 101 Mandaten die überragende Mehrheit haben, wird gerechnet werden können.